

Friedensflamme in Timbuktu

Deutsche Vermittlung beim Ende der Tuareg-Rebellion in Mali / Von Robert von Lucius

TIMBUKTU, im Oktober

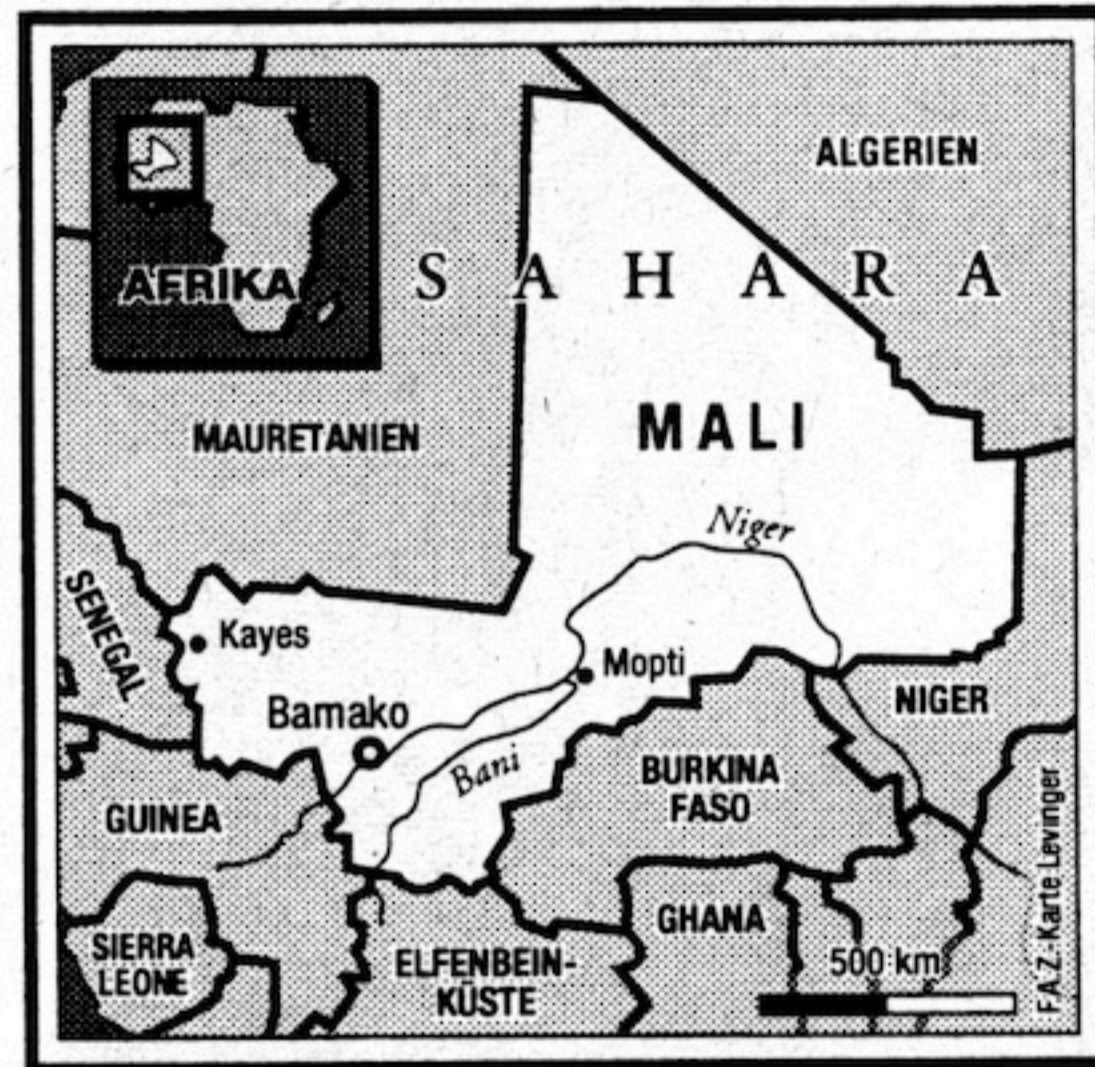
Die Band besingt, abwechselnd in Songhoi und Französisch, die „Flamme des Friedens“, geschichtenerzählend wie über andere große Ereignisse in der viele Jahrhunderte langen Tradition der malischen Königreiche. Der Militärgouverneur der Region Timbuktu hört ihnen auf der Terrasse des Hotels Bouctou zu, aber auch Tuareg lauschen. Vor zwei Jahren hatten Militär und Wüstennomaden noch gegeneinander gekämpft. Die Flamme des Friedens im März dieses Jahres war das äußere Symbol des Endes der Tuareg-Rebellion, die fünf Jahre lang den Norden Malis zur unzugänglichen Kriegszone machte. Malis Präsident Alpha Oumar Konaré, der Symbolkraft des Friedensfeuers bewußt, entzündete die Flamme am Stadtrand von Timbuktu, die Rebellen warfen ihre Waffen in das Feuer. Die vier Rebellengruppen verzichteten dort nacheinander schriftlich auf Gewalt und lösten sich dann auf. Noch steht der umrandete Ort der Flamme leer, noch wurde nicht das geschmolzene Metall, wie vorgeschlagen, zu einem Friedensdenkmal geformt.

Das Ende der Rebellion, die an die 2000 Todesopfer forderte, wäre ohne beharrliche Vermittlung deutscher Entwicklungshelfer und Diplomaten in einer Region, die als französische Domäne gilt, nicht gekommen: Darin sind sich der Militärgouverneur Kalifa Keita, die Regierung in Bamako und die Tuareg einig. Fast unbemerkt hat ein ungewöhnliches und flexibles Vorgehen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dazu beigetragen, indem ein Entwicklungshelferehepaar nach dem Besuch Bundesminister Sprangers einen erheblichen Betrag zur freien sachgemäßen Verfügung erhielt. Dieser wurde eingesetzt für die Rückkehr der Tuareg-Flüchtlinge aus Mauretanien und das Anlegen von Reisfeldern im Überschwemmungsgebiet des Niger nahe Timbuktu, ebenso für das Einsammeln und Einschmelzen der Waffen oder den Kauf von Seilen für Brunnen.

Noch ist der Frieden nicht gefestigt. Als ein Konvoi des Gesundheitsministeriums im August angehalten wurde und vier Wagen geraubt wurden, gab es Befürchtungen, das könne ein neuer Beginn der Kämpfe sein: Wahrscheinlich ist das nicht. Schwierigkeiten bei der Reintegration der Rebellen, die nicht in die Armee oder den Staatsdienst wollten, und anschwellende Forderungen beruhen eher auf dem Pokerspiel beider Seiten und auf Banditenübergriffen denn auf einem Willen zum Krieg. Plötzlich erheben 8000 Tuareg statt 1800 Anspruch auf Entschädigung.

Die Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge, die Aufnahme der ehemali-

gen Rebellen in die Armee, die Entwaffnung liefen im wesentlichen reibungsfrei ab. Die Regierung gestand der Nordregion, die fast die Hälfte des westafrikanischen Binnenstaates einnimmt – der größte Teil ist Sahara und Sahel –, eine Teilautonomie und Dezentralisierung zu. Sie schuf zudem eine weitere Region und gab der Bevölkerung eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit. Die Truppen, denen Massaker zur Last gelegt wurden, wurden aus dem Norden abgezogen, der Verteidigungsminister ersetzt. Der neue Kommandant Keita – er bevorzugt beim abendlichen Treffen den Grand Boubou, den traditionellen Umhang des Nordens, zur Uniform des Oberstleutnants – spricht gerne von Frieden und Ver-



söhnung und praktiziert das auch. 1800 der etwa 3000 Rebellen wurden in die Armee, Polizei, Gendarmerie oder den Zoll aufgenommen, und jenen, die nicht in den Staatsdienst kamen, wurde eine soziale und wirtschaftliche Integration zugesagt: Um deren schleppendes Vorgehen, auch unzureichende Geberhilfe dreht sich derzeit der Streit.

Die meisten der 80 000 Flüchtlinge – vor allem 1994 waren bis zu 90 Prozent aller „weißen“ Tuareg und Mauren in Nachbarländer, vor allem nach Mauretanien, geflohen – sind zurückgekehrt oder bereiten das vor. In zwei Lagern in der mauretanischen Wüste werden noch an die 28 000 Flüchtlinge vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen betreut, bei bis zu 45 Grad Celsius im Schatten. Die Frauen und Kinder in den Lagern Bassikounou und M'Berra kommen meist aus der Region Timbuktu. Anders als die Männer zögern sie mit der Heimkehr: In den Lagern sind ihnen Wasser und Nahrung sicher. Andere Flüchtlinge gingen nach Algerien, Burkina Faso oder Niger, wo die Tuareg ebenfalls rebellierten: Die Geschichte der Tuareg ist

die Geschichte der Dissidenz, des Aufstandes und Unabhängigkeitsstrebens. Von dem Mehrheitsvolk der Mossi im Süden unterscheiden sie sich nicht nur in Hautfarbe und Religion, sondern grundlegend im Denken und in der Sozialstruktur.

Tuareg fühlten sich nicht zu Unrecht ausgeschlossen aus der Staatsverwaltung. Die Nordregion bekam wenig ab vom Staatshaushalt. Das war aber nicht das einzige Beschwer. Verwoben ist ein rassischer Konflikt zwischen Schwarz und Weiß, zudem zwischen Seßhaften und Nomaden. Am sichtbarsten wurde er, als es 1994 in der Armee zu Massakern kam, zur „ethnischen Säuberung“: Die schwarze Mehrheit aus dem Süden tötete hellhäutige Mitsoldaten und rächte sich an Massakern der Tuareg in den Anfangsjahren der Rebellion. Überwunden ist die Spannung offenkundig nicht: Der Tuareg, heimgekehrt nach Flucht und Exil und nun tätig in einem Ministerium in Bamako, senkt plötzlich seine Stimme und äußert sich abfällig über „die Schwarzen“, mit denen er arbeitet. Dazu kam ein Element der Aufhetzung. Viele junge Tuareg waren in den achtziger Jahren zur libyschen Armee gegangen. Als der libysche Führer Gaddafi sie Ende der achtziger Jahre nach Hause schickte, fühlten sie sich nicht ausgelastet, ihre Kampfübung ungenutzt. Andere sollen in Tschad gekämpft haben oder an der Seite der Polisario in der Westsahara.

Der Friedenswille begann auf beiden Seiten etwa zwei Jahre nach dem Ausbruch der Rebellion. Die Rebellen erkannten, daß sie die Unabhängigkeit nicht erreichen konnten, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen – der Norden ist der ärmste Teil eines der ärmsten Länder der Welt – auch nicht erstrebenswert sei. Regierung und Militär wiederum sahen, daß sie den Aufstand nicht mit militärischen Mitteln in den Griff bekommen konnten. Zu jener Zeit, 1992, erhielt Mali den ersten demokratisch gewählten Präsidenten seiner Geschichte. Der Feingeist Konaré sieht sich als Friedenspräsident, war zum Kompromiß bereit. Er siedelte das Kommissariat des Nordens im Präsidentenamt an und lenkt es.

Dies sei eine Zeit zum Vergessen des Trennenden, sagt der Militärkommandeur, jetzt spreche er nicht von Gruppen, sondern nur von Maliern. Bei dem Prozeß des Einanderfindens habe Deutschland eine gute Rolle gespielt, sagt Keita, da es fair war. Unausgesprochen bleibt, daß das Mutterland Frankreich eher den Süden im Konflikt gestützt und nicht mit beiden Seiten gesprochen habe. Zudem habe Paris langjährige Versprechen ländlicher Entwicklung in zwei ebenso rebellionsgefährdeten Regionen des Nordens bisher nicht

eingelöst. Der deutsche – afrikaerfahrene – Botschafter hingegen habe beharrlich vermittelt. Er konnte bauen auf ein hohes Ansehen der Deutschen. Die Bundesrepublik hatte als erstes Land das unabhängige Mali anerkannt; Bonn, nicht Frankreich hat die diplomatische Autonummer „1“. Zwei Bundespräsidenten, Lübke und von Weizsäcker, waren schon auf Staatsbesuch in Bamako. Fast jeder malische Verantwortliche war einmal in Deutschland.

Spranger erkannte bei seinem Besuch 1993 die Chance und entsandte einen Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Henner Papendieck, nach Bamako, ausgestattet mit mehr Geld und Flexibilität, als die engen deutschen Haushaltsrichtlinien es sonst erlauben: ein wohl einmaliger Modellfall der deutschen Entwicklungshilfe, daß eine gesamte Region umfassend gefördert, ein zerstörter Landstrich wiederbelebt wird. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau begann in den vergangenen Tagen mit dem Wiederaufbau von Schulen, Hospitälern und Verwaltungen, also der Lebensgrundlagen im Niemandsland westlich von Timbuktu. Dieses, so groß wie England, war als Überschwemmungsgebiet am Nigerbogen einst die Kornkammer des Nordens. Ohne diese Mittel wäre die Befriedung nicht so rasch zustande gekommen. Das Ministerium will die Hilfe fortsetzen. Dessen Staatssekretär Hårdtl sagte jetzt in Tin Toulout nahe Timbuktu weiteren Dorfgemeinschaften der Tuareg Hilfe zu, nicht zuletzt, um Rivalitätsdenken und Neid zu vermeiden und um den Frieden in der Region dauerhaft zu stabilisieren. Deutsche Hilfe, sagt er zu beifälligem Gemurmel der Dorfältesten unter einem Zeltdach, solle nicht nur an bestimmte Gruppen, Völker, Menschen gehen.

Papendieck erklärt den Erfolg der deutschen Bemühungen, den „verblüffenden Verständigungswillen“ damit, daß die Rebellen eine eindeutig identifizierbare Minderheit in einer abgelegenen Ecke des Landes waren. Dort lebt nur etwa eine halbe Million Menschen. Der Konflikt habe nicht ein Volk auseinandergerissen, sondern es beschämt. Da die Widerständler mit 3000 aktiven Kämpfern, wiewohl von der Mehrheit der Tuareg und der Mauren getragen, eine kleine Gruppe waren, war der Konflikt leichter zu bewältigen. Der Friedenswille war breit und kam von der Führung der zivilen Bevölkerung, wurde getragen aber auch von der Regierungspartei. Der tolerante Islam des Nordens mit dem Glauben, daß das „Unglück von Gott gewollt“ war, machte es den Opfern von Massakern leichter zu verzeihen, als Verneigung vor dem Unergründlichen.